



Politischer Aschermittwoch 2010

Rede des Landesvorsitzenden Bernhard Suttner

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Bayerischen Ökologisch-Demokratischen Partei,

der politische Aschermittwoch ist eine wirklich eigenartige Einrichtung: Am Beginn der vorösterlichen Bußzeit wäre eigentlich nichts anderes angesagt als Selbstbesinnung und Nachdenklichkeit. Stattdessen hat sich eingebürgert, eher kabarettistische Sprüche von sich zu geben, angriffslustig und womöglich triumphalistisch auf die eigenen Leistungen hinzuweisen - bei gleichzeitiger Abwatschung aller anderen. Auch ich werde diesen eingespielten Zwängen nicht ganz entgehen. Bei einer längeren Rede ist man es den Zuhörenden auch schuldig, durch die eine oder andere zugespitzte Passage das Einschlafen zu erschweren... Ich habe mir aber für heuer vorgenommen, dem Ernst der Lage gerecht zu werden und den Charakter des Tages nicht ganz zu vergessen.

Zunächst aber möchte ich an drei Erfolge unserer Partei erinnern, die es wirklich wert sind, nochmals kurz betrachtet zu werden:

1. Der Lissabon-Vertrag ist zwar jetzt in Kraft – aber die Möglichkeiten des vom Volk gewählten Deutschen Bundestages zur eigenständigen Wirkungsmöglichkeit in Sachen Europa wurden erhalten. Nicht vom Bundestag selbst – der war eher lustlos. Nein, das höchste Deutsche Gericht hat gesprochen! Die ÖDP hatte geklagt und in diesem wesentlichen Punkt Recht bekommen: Ohne ausdrückliche Mitwirkung des Bundestags gibt es keine weiteren Souveränitätsveränderungen mehr.
2. Auf kleinerer Ebene, aber genau besehen doch immens wichtig war und ist der grandiose Erfolg unserer Freund aus dem Rottal: Dort wurde in einem Bürgerentscheid bei optimaler Beteiligung und mit überwältigender Mehrheit das Verhökern kommunaler Krankenhäuser an einen Medizinkonzern verhindert. Hier geht es nicht um Lokalpolitik sondern um ein Zeichen für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge. Es geht auch um den Widerstand gegen die vollständige Kommerzialisierung unseres Lebens. Gerade eben ist eine Studie veröffentlicht worden, die nachweist, dass z.B. vor allem in kommerziell ausgerichteten Krankenhäusern alleine aus Kostengründen alten Patienten Magensonden gelegt werden, obwohl sie bei intensiverer Zuwendung noch assistiert Nahrung aufnehmen könnten. Die ÖDP im Rottal hat ein überregional beachtetes Zeichen gegen diese gefährlichen Kommerzialisierungstrends gesetzt. Dafür danke ich Sepp Rettenbeck und der Familie Lirsch und allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern!
3. Und natürlich die Aktion Nichtrauchererschutz! Ich freue mich auf den 4. Juli 2010, weil an diesem Tag endlich wieder einmal ein Volksentscheid stattfinden wird. Dann wird sich der Souverän wieder mal als solcher erleben! Es geht übrigens im Sommer nicht um ein Kinkerlitzchen – wie manche sagen („Ja habt ihr denn keine anderen Probleme...?“) eine rauchfreie Gastronomie rettet Jahr für Jahr Hunderte von Menschenleben und wird Zig-Tausende vor Leid und vorzeitiger Invalidität bewahren. Dafür lohnt sich der Einsatz – vor allem wenn man als Dreingabe das Erlebnis direkter Entscheidung des Souveräns bekommt! Wir brauchen dringend auch die direkten Demokratie-Möglichkeiten auf Bundesebene. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat erst vor einigen Tagen wieder einen Vorstoß gemacht: Er fordert die direkte Demokratie auf Bundesebene – wenigstens die Möglichkeit zur Volksinitiative – diesen Spatzen in der Hand, den uns der Lissabon-Vertrag für die EU-Ebene großzügig gewährt, sollte es auch auf Bundesebene geben, meint Herr Papier. Wir meinen: Volksentscheide sind das selbstverständliche Recht der Bürger; sie haben sich natürlich genauso wie die Parlamente an die Menschenrechte zu halten was nichts anderes heißt, als dass Abstimmungen über die Grundrechte unzulässig sind – im Parlament genauso wie beim Plebiszit! Aber das Qualmen im öffentlichen Raum ist kein Menschenrecht sondern eine gefährliche Dummheit – deshalb: Freude kommt auf, wenn wir an den 4. Juli denken!

So, diese drei Erfolge mussten in Erinnerung gerufen werden. Allzu oft wird ja behauptet, „da kann man nichts machen – schon gar nicht ohne die Mehrheit in einem Parlament.“

Ach was. Wer arbeitet und Ideen hat, der kann immer etwas bewegen. Unsere ÖDP ist der beste Beweis dafür! Das Stammtisch-Gerede von der Ohnmacht des Bürgers ist oft genug Ausrede für Faulheit und Bequemlichkeit. Diese Ausrede ist gefährlich, weil sie die Demokratie schlecht macht. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“ lautet ein ernst zu nehmender Spruch. Schlaf ist gesund, aber den anhaltenden Dauerschlaf nennt man Tod!

Wir hatten natürlich nicht nur Erfolge. Leider hatten wir und andere keinen Erfolg damals, als sich gegen Ende der Kohl-Ära und dann besonders heftig während der rot-grünen Schröder-Fischer-Zeit, der Abbau der Grenzen durchsetzte – nicht der Abbau der inhumanen Stacheldrähte zwischen Ländern, nein der Abbau heilsamer Begrenzungen für die Finanz-Märkte. Der Staat - so lautete damals das neue Dogma – habe hier nur eine Aufgabe: Sich zu schleichen und zwar sofort und gründlich! Wir haben diesem Irrsinn immer widersprochen. In unzähligen Reden habe auch ich auf die Tatsache hingewiesen, dass die Märkte nicht von sich aus das Gemeinwohl erzeugen, sondern ethische Grenzen eingehalten werden müssen. Ich habe die Extrem-Liberalen schon mal als „Staatsfeinde im Nadelstreif“ bezeichnet, weil sie gezielt auf die Schwächung der Aufsicht und die totale Deregulierung hinarbeiteten.

Auf dem Gemüsemarkt wie auf dem Markt für Kettensägen muss der Vergiftungs- und Verletzungsgefahr durch Mindestregeln für die Qualitäten vorgebeugt werden. Warum sollte das auf den Finanzmärkten anders sein? Giftige und gemeingefährliche Produkte müssen schlicht verboten werden! Und auch für die Qualität der Anbieter muss es Regeln geben: Nicht jeder darf am offenen Herzen operieren oder einen Kindergarten bauen, Wir vertrauen hier auch nicht auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes... Strenge Ausbildungsregeln und Qualitätsstandards staatlicher Herkunft schließen die einen aus und lassen andere zu. Aber auf den Finanzmärkten wurden alle Zäune eingerissen und Regeln abgebaut - unter dem Beifall der Extremliberalen in Medien und Beratungsfirmen. Der Gott hieß „Deregulierung“. Er hat uns große Opfer gekostet...Wenn wir wenigstens daraus lernen! Ich bin mir dessen nicht sicher. Die Extremliberalen haben sich zwar vom Staat, also von den kleinen Steuerzahlern, aus dem Dreck ziehen lassen; sie halten momentan ein bisschen still... aber sie haben noch nicht aufgegeben. Und bei genauer Betrachtung ist trotz des andauernden Geschnatters in Davos und bei den G 20 noch gar nichts geschehen in Sachen Neuordnung der Finanzwirtschaft. Mein Vorschlag für die Neuordnung der Finanzmärkte ist einfach: Es muss zugehen wie auf dem Gemüsemarkt: Was giftig ist, muss verboten werden. Und um festzustellen, ob etwas giftig ist, muss kontrolliert werden. Und wer dennoch und immer wieder giftige Sachen anbietet, darf nicht mehr mitmachen. So einfach wäre es, wenn man denn wirklich wollte...und keine Spenden bräuchte bzw. nach der Politik noch auf ein schönes Ein- und Auskommen bei einem der Großen in der Wirtschaft spekulieren würde...

Meine Damen und Herren,

trotz all der Sorgen gehen derzeit wieder vorwiegend lustige Nachrichten durch das Internet...

Die Versuchung wäre jetzt groß, die Fremdsprachenpraxis des neuen Energiekommissars der EU anzuprangern. Da ich in Sachen Fremdsprachen aber in einer Art von Glashaus sitze, tue ich das lieber nicht. Wichtiger als korrekte ausgesprochenes Englisch ist doch, dass der Energiekommissar der EU und wir alle als Energiekommissare in unseren Haushalten, in unserer Kommunen, in unseren Betrieben endlich das Richtige tun!

Das Versagen bei Denken und Handeln, nicht das Versagen beim Aussprechen des „th“ wird unseren nachfolgenden Generationen den Atem rauben! Ich hoffe deshalb, dass wir bald Gelegenheit erhalten, uns über korrekte Taten des Herrn Öttinger zu freuen: Wenn er nur endlich in Alemannisch-Englisch das Folgende verkünden würde: „*In the European Union we will finish the production of nuclear power as fast as possible and we will finish the global warming by burning coal, oil and gas in the same time as good as we can! We stand for one great project: 100% Renewable energy – now and everywhere in Europe and all over the world for everybody, especially for poor people in poor countries!*“

Mir wäre die Aussprache egal, könnte ich endlich diese Grundsatzrede eines europäischen Energiekommissars hören! Dann stimmte ich gerne in meinem eigenen holprigen Englisch zu: „Well spoken Mister Öttinger – let’s work together for a better future in a nuclear-free Europe and a nuclear-free world!“ Oder bayerisch: „Jetzt passt’s. Endlich ham’s es kapiert, Herr Öttinger – auf geht’s: Weg mit dem ganzen Atom-Krampf überall auf der Welt!“

Unser neuer Umweltminister Norbert Röttgen fängt schon mal vorsichtig an: 40 Jahre sind für ein Atomkraftwerk genug, meint er. Dann soll Schluss sein. Mal abgesehen davon, dass der ganze Rest von CDU und CSU aufgeheult hat und wild empört die Verlängerung der angeblichen „Atomkraft-Brücke“ hinein

in die Unendlichkeit des Raumes und der Zeiten gefordert hat, davon also mal abgesehen, hieße der Röttgen-Plan für uns, noch bis zum Jahre 2028 mit Isar 2 leben zu müssen! Insofern ist Röttgen kein Atomkraftaussteiger, sondern nur ein gemäßigter Atomkraftverteidiger. Immerhin erzählt auch er die Geschichte von der Brückentechnologie.

Immer wenn dieser Begriff fällt erinnere ich mich an einen alten Witz, den mein Vater oft erzählte: Ein Wahlkämpfer fährt durch die Lande und hält in jedem Dorf die gleiche Rede: „Wenn ich gewählt werde, sollt Ihr eine Brücke bekommen. Mit einer Brücke wird das Leben leichter, die langen Umwege sind nicht mehr nötig, alle werden besser leben und keine nassen Füße mehr bekommen. Deshalb werde ich dafür sorgen, dass hier endlich eine Brücke gebaut wird. Die Reaktion der Zuhörer ist nicht begeisternd. Endlich ruft einer aus der Menge: „So ein Schmarrn, wir haben ja gar keinen Bach!“ Darauf der Redner: „Wenn ich gewählt werde, bekommt ihr natürlich auch einen Bach!“

Die Atomkraft ist so eine Lösung: Sie stellt die Brücke dar, über einen Abgrund an Energiemangel oder Energiebedarf, den es genau besehen gar nicht gibt. Aber die Atomfreunde sorgen mit der Brücke gleichzeitig auch für diesen Abgrund: Fast gleichzeitig mit seiner verhaltenen Atomkraftskepsis verkündete Herr Röttgen eine drastische Einschränkung der Solarförderung. Da wird schon mal am Bach gebaut! Die Einsparung von Energie und die dringend nötige Effizienzsteigerung – nicht nur beim Endverbraucher sondern vor allem auch bei der Modernisierung des Netzes und bei hochmodernen Kraft-Wärme-Koppelungsgeneratoren – wird durch die Atomkraft aufgehalten und verhindert! Schon heute verstopft zu viel Atomstrom die Nutzung der Windkraft an besonders guten Tagen. Wir brauchen die Brücke nicht. Die Brücke führt ins Nichts über einen Abgrund den es faktisch schon gar nicht mehr gibt, der aber zusammen mit der Brücke als Gespenst erhalten bzw. wieder errichtet werden soll!

Söder hat Herrn Röttgen massiv attackiert. Ich will den Bundesumweltminister auch gar nicht beleidigen, wenn ich ihn dennoch mit dem bayerischen Kollegen vergleiche: Es ist anscheinend ein Trick: CDU und CSU suchen sich jetzt immer Leute mit einem Ö im Namen und machen die dann zu Umweltministern. Die Ö-Träger dürfen dann auch sporadisch radikal sein: Söder durfte mal bei der Donau radikal sein und den Stau ablehnen. Nur schade, dass der Parteitag anderer Meinung war - ja das ist halt die Demokratie... aber bei einem Teil der Donaufreunde mit traditioneller CSU-Nähe (ja die gibt es wirklich...) hat der Söder-Vorstoß Begeisterung und Erleichterung ausgelöst.

Nun durfte Herr Röttgen auch mal radikal sein und die Atomtechnologie ein bisschen in Frage stellen. Die Atomkraft sei wegen anhaltender Nicht-Akzeptanz als Alleinstellungsmerkmal für die Volkspartei CDU problematisch. Aber 8 Jahre länger als bisher geplant könne man die Atommüllproduktion schon noch betreiben... Das kann wohl die ganz gleiche Wirkung haben: Es gibt ja genug Unionsanhänger, denen die Atomkernspaltung auch nicht ganz geheuer ist. Die dürfen jetzt wie die Unions-Donaufreunde aufatmen, obwohl sich nichts wirklich geändert hat.

Es hat sich bei der großen Mehrheit der Union nichts geändert – trotz des Röttgen-Interviews in der Süddeutschen. Aber vielleicht hat sich ganz persönlich bei Herrn Röttgen etwas geändert – der Mann hat nämlich in den Abgrund geschaut und er muss noch länger hineinschauen. Der Abgrund heißt „Asse 2“ und an seinem Eingang steht geschrieben wie bei Dante über dem Eingang zur Hölle: „Die ihr eintretet – lasst alle Hoffnung fahren!“

Es steht über der Asse aber auch der von Insolvenzen und Schlussverkäufen her bekannte Slogan: „Alles muss raus!“ – zum geschätzten Schnäppchenpreis von 3,7 Milliarden Euro...

Das „vollständige Ausräumen“ des schon halb abgesoffenen „Forschungs“-Endlagers Asse wird jetzt von den Fachleuten des Bundesamtes für Strahlenschutz als richtige Lösung des Problems empfohlen. Die „Alles muss raus“ –Lösung ist wohl tatsächlich die einzig richtige – daran habe ich keinen Zweifel. Aber anders als beim Winterschlussverkauf verkündet dieser Slogan im Fall Asse kein Schnäppchen-Event. Es wird erstens teuer. Und es findet sich zweitens wohl so schnell kein Ort, an dem man die rund 130 000 Fässer gerne aufnimmt:

Alles was raus muss, muss schließlich irgendwo auch wieder rein – einschließlich der vermuteten 20 Kilo Plutonium, die – keiner weiß genau wann, von woher und wie - in einem angeblich nur für schwach und mittelmäßig radioaktive Abfälle vorgesehenen Forschungs-End-Lager gelandet sind...

Man wird ein großes, überirdisches Zwischenlager brauchen. Sehen wir es positiv: Es gibt viel zu tun! Da verbergen sich die Konjunkturprogramme III bis VI ! Da lässt sich doch ein weiteres Wachstumsbeschleunigungsgesetzlein machen! Man sieht und erkennt die Wahrheit: Atomkernspaltung ist eine wirtschaftlich höchst lukrative Sache! Alter Atom-Müll und neuer Atom-Müll – ganz gleich – ein Geschäft ist es allemal.

Es geht bei der Asse-Sanierung wieder einmal um Milliarden – 3,7 Milliarden, diese Zahl hat Umweltminister Röttgen schon mal im Bundestag verkündet. (Offensichtlich ist das eine Schicksalszahl... auch die Hypo-Alpe-Adria kostet uns 3,7 Milliarden...)

Die Atomkonzerne winken natürlich ab: Man hätte ja schon bei der Einlagerung bezahlt –pro Fass Atom Müll seien seinerzeit rund 100 DM angefallen, das reicht doch wohl. Da die Asse mittlerweile in den Besitz und die Verantwortung des Bundes übergegangen ist, liegt ja auf der Hand, wer zahlen muss... Wir sollten uns das nicht gefallen lassen: Für die Entsorgung des Atom Mülls hat der Stromkunde schon richtig viel bezahlt. Dieses Geld liegt als steuerlich privilegierte Rücklage bei E-on, RWE, EnBW, Vattenfall und Co auf gewinnträchtigen Konten – steuerfrei; ist aber für das nicht existierende Endlager in St. Nimmerlein, Landkreis Nigendwo, im Bundesland Nichtbeiuns , Eröffnungsdatum Jüngster Tag gedacht, nicht für das Forschungsendlager Asse... sagen die Herren von den Konzernen.

Der Bundestag sollte sich der Sache annehmen: Wenn die Konzerne nicht ihre Rücklagen angreifen wollen, um das Desaster zu bezahlen, dann muss der Bundestag eine Abgabe auf den Atomstrom einführen. Einen Asse-Cent , besser gesagt einen SchlamAsselCent! Wir hören überall an den Stammtischen, wie gemein man für die Förderung der erneuerbaren Energien zur Kasse gebeten wird. Ich wünsche mir diese Debatten endlich auch für den Atomstrom. Jede Kilowattstunde Atomstrom muss mit einem Asse-Aufschlag belegt werden und auf der Rechnung sichtbar ausgewiesen werden. Atomstrom ist nicht billig. Er kostet. Dauerhaft. Auf Millionen Jahre hinaus. Und wenn es schlimm kommt, kostet er nicht nur Geld sondern Leben und Gesundheit.

Ich habe aber die dumpfe Vermutung, dass Herr Röttgen mit seinem sensationellen Interview zur Atomkraft schlicht und einfach ablenken möchte, von den laufenden Verhandlungen mit den Atomkonzernen über die Beerdigung des sog. Atomausstiegs.

Die Entscheidung der Bundesregierung, auch die allerältesten Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, die Atom Müllproduktion ungehindert fortzusetzen und den Stromkonzernen weitere Milliardengewinne zuzuschancen ist von der Kanzlerin über ihren Sprecher grundsätzlich so bestätigt worden. Davon möchte Herr Röttgen wirksam ablenken. Es darf ihm nicht gelingen! Verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger sollten mit dem sofortigen Wechsel zu einem atom Müllfreien Stromanbieter auf diese Provokation antworten. Nicht nur Privatleute sondern vor allem auch Kommunen, Kirchengemeinden, öffentliche Einrichtungen, Arztpraxen und andere mittelständische Unternehmen sollten demonstrativ zu einem zertifizierten Ökostromanbieter wechseln, aus der Atom Müllproduktion aussteigen und dies auch öffentlich machen.

Die bevorstehende Erlaubnis zum Weiterbetrieb aller alten Atomkraftwerke zeigt, welche Konstruktionsmängel der seinerzeitige Deal von Rot-Grün mit den Atomkonzernen zum angeblichen Atomausstieg hatte: Statt das Atomgesetz zu ändern und die volle Haftpflicht für alle Anlagen hineinzuschreiben, hat die rot-grüne Schröder-Fischer-Regierung eine jederzeit kündbare Absprache über Strommengen mit den Konzernbossen getroffen.

Diese Abmachung löst sich jetzt zum Schaden des Gemeinwohls in Luft auf. Übrig bleiben Riesengewinne bei den Atomkonzernen: Schröder und Fischer haben sich entweder damals über den Tisch ziehen lassen, oder aber sie haben uns alle gemeinsam mit den Atombosses über den Tisch gezogen. Man muss sich das schon noch einmal in Erinnerung rufen:

Die Konzerne haben einen Vertrag über Rest-Strommengen mit Übertragungsrechten von der einen auf die andere Atom Müllproduktionsanlage unterschrieben. Die rot-grüne Regierung hat sich im Gegenzug verpflichtet, den Bau und den Betrieb von Zwischenlagern für den Strahlungsmüll bei den Atomkraftwerken als Entsorgungsweg anzuerkennen. Die Anti-Atombewegung schief ein. Das war für die Konzerne Gold wert. Vielleicht träumten Schröder und Fischer vom ewigen Bestand ihrer glorreichen Regierung. Die Konzernchefs wussten, dass dieser Traum Unsinn ist. Sie wussten, dass in der Demokratie der Wechsel das einzig beständige ist. Sie setzten auf die Beständigkeit und sie gewinnen jetzt, weil Frau Merkel und Herr Westerwelle mit den Bossen mindestens so gut können wie Schröder und Fischer seinerzeit. Aber vielleicht haben sie ja alle miteinander nach dem Abschluss des Ausstiegsvertrages gemeinsam eine Glas Schampus geöffnet... und auf den blöden Wähler einen Toast ausgebracht! Auf jeden Fall kann der rot-grüne Atomausstieg in die Geschichte eingehen – als „großes Berliner Schenkelklopfen“!

Was ist im Vergleich zum Atomdesaster die angebliche ästhetische Belästigung des Auges durch ein Solarfeld oder durch eine Windkraftanlage. Keiner muss das alles lieben. Aber die Aufregung, die manchmal rund um eine große PV-Anlage oder ein Windfeld ausbricht , muss in Relation gesetzt werden zum Strahlenrisiko des Atom Mülls.

Wenn wir in 20 Jahren endlich die höchste Effizienz beim Energieeinsatz durchgesetzt haben, wenn endlich gespart wird, dann kann man die PV-Anlage auf dem Acker wieder abbauen, rückstandsfrei, den Acker unter den Pflug nehmen und Kartoffeln anbauen. Der Boden hat sich 20 Jahre lang erholt – vom vorher üblichen Pestizideinsatz, von der Düngung, von der Verdichtung durch schwere Maschinen. Wie gesagt:

keiner muss das ganze herzlich lieben. Aber die Lügen und die Scheinheiligkeit rund um die PV-Freiflächenanlagen halte ich schwer aus: Hier wird nichts versiegelt. Hier wird nicht Natur zerstört. Hier wird nicht gefrevelt. Hier wird auch nicht der Welthunger gefördert! Es sind oft die gleichen Politiker vor Ort, die jede Straße auf das doppelte verbreitern wollen, die das Isental mit einer Autobahn vernichten, die weitere Startbahnen in die Landschaft betonieren möchten und dann den Naturschutz entdecken, sobald jemand 50 oder gar 200 Hektar mit PV belegen möchten. Dann warnen sie vor Verschandelung, Versiegelung und Vernichtung – obwohl das objektiv nicht stimmt.

Wie gesagt: Heiße Liebe ist das nicht, was mich die PV auf Freiflächen tolerieren lässt: Es ist die blanke Not der Lage. Wir haben dreißig Jahre versäumt. Wir haben noch 10 bis 15 Jahre vor uns, in denen wir vielleicht das Schlimmste verhindern können. Wir haben nicht mehr jede Wahl... wir müssen Dinge akzeptieren, die uns nicht so super gefallen. Aber bei PV und Windkraft geht es um rückholbare Dinge! Nichts von der Landschaftsbelastung muss auf Dauer bleiben! Die Dinger werden auch nicht unter Denkmalschutz geraten! Wohl aber trete ich dafür ein, die Eingrünungen der Anlagen unter Naturschutz zu bringen, weil sie oft genug in den bisher ausgeräumten Landschaften Biotopqualitäten bringen werden, die man z.B. in den Mais- und Zuckerrüben-Wüsten Bayerns schon seit Jahrzehnten nicht mehr kennt. Übrigens: Der heute in Deutschland gelieferte Strommix aus Fossil- und Nuklearstrom sieht auf der Abfallseite folgendermaßen aus:

Pro Kilowattstunde fallen 541 Gramm CO₂ an. Das bedeutet selbst für einen einigermaßen sparsamen deutschen Haushalt mit 3000 KWh Stromverbrauch den Anfall von 1,6 Tonnen CO₂ und von immerhin 21 Gramm hochradiaktiven Mülls. Wie wäre es, wenn diese Menge – selbstverständlich ordentlich in einen strahlungssicheren Minicastor verpackt – jeweils mit der Jahres-Stromabrechnung zur Verwahrung in der eigenen Wohnung den Kunden vom Atomstromerzeuger zugestellt würde? Müsste dann noch für den Wechsel zum Ökostromanbieter geworben werden? Wahrscheinlich würden nur echte Atomfreaks klaglos mitmachen. Einen Vorteil hätte das Verfahren: Selbst diese kleine Menge, verpackt im noch zu entwickelnden formschönen Minicastor, würde in den nächsten Jahrzehnten zur Raumheizung der Wohnung des Atomfreundes erheblich beitragen, bis sie ausreichend abgekühlt ist und endlich „strahlungssicher“ doppelt verglast ins familieneigene Endlager – am besten in einem Kellerverlies oder auch im Schlafzimmer des Atomfreaks – verbracht werden kann.

Man soll über ernste Dinge nicht spotten. Aber es muss erlaubt sein, die individuelle Verantwortung eines jeden, der heute noch Strom ohne Herkunftsnachweis bezieht und insofern durch sein Marktverhalten Atomstrom fördert, auf die Tragweite seiner Sorglosigkeit hinzuweisen. Dies gilt auch für die öffentlich-rechtlichen Stromverbraucher – also für Städte, Gemeinden, Landkreise – aber auch für Diözesen, Pfarreien und Wohlfahrtsverbände. Wer heute keinen zertifizierten Ökostrom ordert, sollte sich nicht mit Vokabeln wie „Nachhaltigkeit“, „Bewahrung der Schöpfung“ und „Zukunftssicherung für unsere Kinder und Enkel“ schmücken. Es ist so einfach. Es kostet fast nicht mehr. Es wirkt und es ist politisch, moralisch und ökonomisch richtig. Wer das alles nicht möchte, der sollte aber dann auch seine 21 Gramm Atomsmüll zu sich ins Kämmerlein holen und den strahlenden Castor küssen – vielleicht wird ja ein Prinz oder doch wenigstens ein Energiekonzernmanager mit satten Bonuszahlungen draus!

Dass die Kopenhagener Konferenz so gründlich gescheitert ist, war selbst von Pessimisten nicht zu erwarten. Das „weniger“ ist offensichtlich nicht verhandelbar!

Die Frage, ob es ein bisschen mehr sein dürfe, wird in aller Regel vom Kunden mehr oder minder bereitwillig mit „ja“ beantwortet. Man will nicht kleinlich sein. Man will der Bedienung die Arbeit erleichtern. Man will den Ablauf nicht behindern. Und schließlich wird das „bisschen mehr“ schon zu vertilgen sein – ohne allzu gewichtige Folgen.

Darf's ein „bisschen weniger“ sein? Diese Frage wird eigentlich kaum gestellt.

„Weniger“ ist schlecht.

„Weniger“ ist Rückschritt.

„Weniger“ ist ärmlich.

Freilich: Jeder Mensch weiß, dass ein „bisschen mehr“ manchmal katastrophal sein kann. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, ist nicht viel. Aber auch die vielen Tropfen, die das Fass von leer auf fast voll gebracht haben, waren je für sich nicht viel. Und es dürfte immer gerne etwas mehr sein...

Bei der womöglich im wahrsten Sinne des Wortes existenziellen Krise der Menschheit, bei der Klimaveränderung, befleißigen sich immer noch die allermeisten Menschen einer eigenartigen Sichtweise: Alle behaupten und glauben: „Mein Beitrag ist lächerlich gering.“ Der Tourismus rechnet sich klein. Die Landwirtschaft rechnet sich klein. Die Autofahrer rechnen sich klein. Ja sogar die Energiewirtschaft rechnet

sich klein... Und jeder einzelne ist Weltmeister im Kleinrechnen: „Mein eigener Beitrag ist so lächerlich gering, dass es gerne auch in Zukunft noch ein bisschen mehr sein darf.“

Solange wir die einfachste Wahrheit nicht akzeptieren, dass nämlich jeder von uns im einzelnen, jede Branche und jedes Land Teil des Problems ist und dass jeder einzelne, jede Branche und jedes Land endlich Teil der Lösung werden muss, so lange diese Erkenntnis keinen Durchbruch erlebt, wird das Problem größer werden und die Lösung unwahrscheinlicher. Ja, es darf ruhig ein bisschen mehr Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit bei der Klima-Analyse geben!

2 Grad mehr im Durchschnitt der Erdtemperatur wird von der oft beschworenen (eigentlich aber gar nicht existierenden) Weltgemeinschaft als Ziel ausgegeben. Für eine ganze Reihe von Inselstaaten ist diese Marke das Todesurteil. Sie hätten gerne etwas weniger globale Wärme... Für die große Mehrheit der Staaten ist das 2-Grad-plus-Ziel ein „anspruchsvolles Ziel“. Für die entscheidenden politischen und ökonomischen Machteliten handelt es sich um Pflicht-Rhetorik kurz vor einer Weltklimakonferenz, während dieser Konferenzen und kurz nach der gescheiterten Konferenz. Anschließend darf es gerne wieder etwas mehr sein...

Mehr Konferenzen helfen offensichtlich wenig.

Sie werden schon bald in Bonn tagen, dann in Mexico-City....

Sie waren in Kopenhagen.

Sie waren in Kyoto.

Sie waren in Rio.

Sie haben in Toronto getagt – ja das war die erste große Welt-Konferenz der Klimaforscher. Schon in Toronto war man sich einig, dass die ungebremste Klimaveränderung durch fossile Energien ähnlich schwerwiegende Folgen haben könnte wie ein Atomkrieg...

Wann war eigentlich die Toronto-Konferenz?

Ach ja, im Jahre 1988.

Seither sind die weltweiten Emissionen um 42,4 Prozent gestiegen.

Seither hat Deutschland 3 Kanzler erlebt, die USA wurden von 4 Präsidenten regiert, und selbst das stabile Bayern hat 4 Ministerpräsidenten in dieser Zeit erlitten. Alle diese wichtigen Leute haben in diesen Jahren das Problem verdrängt. Prof. Schellnhuber hat erst am Samstag in der SZ davon gesprochen, dass auf den Klimakonferenzen der Zusammenprall von Naturwissenschaft und Politik schwer auszuhalten ist.

Unverblümt spricht er davon, dass das Billionengeschäft des Verbrennens fossiler Energieträger im Widerspruch steht zur Rettung der Stabilität des Weltklimas. Bislang hat stets das Billionengeschäft gewonnen. Man nimmt weder die Klimaproblematik noch die Versorgungsprobleme wirklich zur Kenntnis oder gar ernst.

22 mehr oder minder verlorene Jahre... Darf's noch ein bisschen mehr sein?

Ich finde, wir sollten mal beherzt „nein“ sagen. Es reicht jetzt mit dem Zuwarten.

Verlassen wir uns nicht auf Obama – der kann beim Klima schon lange nicht mehr (wenn er je gewollt hatte...) „No, he can't ...“ Er ist mit anderem beschäftigt. Er will jetzt neue Atomkraftwerke bauen... Auch der ist offenbar Teil des Problems und nicht Teil der Lösung! Verlassen wir uns nicht auf Frau Merkel oder die Herren aus China. Wer sich auf die Polit-Größen verlässt ist schon verlassen. Das Klima wird von der Zivilgesellschaft gerettet oder es wird nicht gerettet.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Die Politik ist natürlich wichtig. Aber wir bekommen erst eine andere Politik, wenn das Bedürfnis nach wirklich besserer Politik in der Zivilgesellschaft durchgebrochen ist! Erst müssen die Menschen erkennen, dass die Technik, dass die mittelständische Wirtschaft, dass die schlauesten Konsumenten, dass die lebenswertesten Kommunen schon weit vorangestürmt sind und die besseren Lösungen bereits praktizieren. Erst dann wird Politik nicht mehr anders können, als den Prozess nicht mehr aufzuhalten sondern - sozusagen nach seinem Durchbruch - zu beschleunigen.

Ich hätte es natürlich gerne anders. Ich hätte gerne eine Vorreiterpolitik. Ich hätte gerne eine intelligentere Politik. Ich hätte gerne eine ethisch korrektere Politik. Aber ich musste die Erfahrung machen, dass Politik leider nachhinkt. Dass andere Bereiche der menschlichen Selbstorganisation innovativer sind. Politik ist gut, für die Intensivierung der zweiten Hälfte... die erste Hälfte macht die Zivilgesellschaft. Die erste Hälfte wird oft von der Politik eher behindert als gefördert.

Das gilt auch für den Zwilling der Klimakrise, die drohende Versorgungskrise!

Der aktuelle IEA – Report besagt unmissverständlich, dass uns etwa ab 2012/2015 eine massive Versorgungskrise droht und dass obendrein die Klimaziele (Temperaturanstieg bis 2100 auf plus 2 Grad begrenzen) nicht erreicht werden können.

Das Potsdamer Institut verlangt: Schneller Verzicht auf fossile Energieträger... 2/3 der noch vorhandenen Vorräte an Öl, Gas und Kohle müssen im Boden bleiben... es droht sonst eine Megakatastrophe mit dramatischen Lebensraumverlusten aufgrund von Überflutung, Verwüstung, Stürmen. Bei plus 5 Grad bis

2100 gibt es nur noch Lebensmöglichkeiten für 1 Mrd Menschen – unvorstellbar... Schellnhuber: eine Hochzivilisation wie bisher gewohnt ist dann nicht mehr möglich.

Peak-Oil ist nicht vom Tisch, nur weil momentan weniger an den Terminmärkten gezockt wird. Nur deshalb und wegen der massiven Wirtschaftskrise haben wir heute einen Rohölpreis von etwas unter 80 Dollar. Das ist übrigens immer noch das Doppelte dessen, was bei der Prognose für den Bau der dritten Startbahn am Münchner Flughafen angenommen wurde: Da rechnete man mit einem Ölpreis von 40 Dollar im Jahre 2020...

Bisher wurden ca 1000 Milliarden Barrel Erdöl gefördert und verbraucht – die Mehrzahl davon in den letzten 30 Jahren. Es stehen wohl nochmals 1000 Milliarden Barrel „zur Verfügung“.

Darum bemühen sich aber weit mehr Verbraucher als bisher: China, Indien, Indonesien, Philippinen, Korea.... Nahost, Lateinamerika

Obendrein werden die Förderbedingungen stetig schwieriger; der Druck in den bisherigen Hauptliefergebieten lässt stetig nach... aus den großen erschlossenen Feldern kommt immer weniger Öl... neue Exploration ist teuer und wird bei „niedrigen“ Preisen nicht angepackt.

Wenn die Klimakrise nicht schreckt oder wer darauf vertraut, dass es sich um einen großen Irrtum der Wissenschaft oder gar um einen Trick von irgendwelche finsternen Mächten handelt, der möge wenigstens der gewiss unverdächtigen IEA folgen und die Drei-E-Strategie verfolgen, um die Versorgungskrise und den ökonomischen Bankrott aufgrund nicht tragbarer Energiepreise zu verhindern.

E wie Einsparung

E wie Effizienzsteigerung

E wie erneuerbare Energien

Ich weiß, die meisten hier im Saal können diese Aussage schon kaum noch hören, weil sie so oft schon ausgesprochen wurde und eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt. Aber es gilt: Erst wenn man die Botschaft selber nicht mehr hören kann, fängt manch andere Gruppe an, diese Botschaft zu vernehmen. Deshalb gilt für alle ökologisch engagierten Demokratinnen und Demokraten: Glaubwürdig über die drei E reden heißt, sie selber zu praktizieren und mit verständlicher Sprache aufklären, aufklären und noch mal aufklären.

Die internationalen Klimakonferenzen müssen von unten her überholt werden. Es gibt noch viele große und bedeutende Städte, an denen folgenlos oder folgenarm getagt werden kann. Die entscheidende Klimaschutz- und Versorgungskonferenz findet an Ihrem Küchentisch, bei der nächsten Dienstbesprechung in ihrer Firma und im Gemeinderatszimmer Ihres Dorfes und in den ehrwürdigen Ratssälen unserer Städte statt. Die vielbemühnte Zivilgesellschaft ist jetzt der letzte Rettungsanker oder Hoffnungsschimmer; warten wir nicht auf die große Politik.

Alles, was bisher von dort gekommen ist, ist dramatisch zu wenig. Aber auch die Zivilgesellschaft ist noch bei weitem nicht dort, wo sie sein muss

Überall gibt es viel Geschnatter aber in der Praxis oft eine absurde Gleichgültigkeit.

Wir praktizieren immer noch kein Tempolimit. Wir fliegen unsinnig in der Welt herum. Wir fahren zum Teil mit absurden sog. Off-Road-Fahrzeugen auf 6spurigen Autobahnen.

Aber noch schlimmer: Wir versuchen mit einem verrückten Aufwand an Staatsverschuldung die aktuelle Wirtschaftskrise so zu lösen, dass wir noch ein paar Jahre weitermachen können wie bisher. Beispiel aus dem IAE-Report:

Die G 20 Staaten wenden für die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise 2600 Milliarden US-Dollar auf. Lediglich 10 Milliarden davon sind für den Ausbau der erneuerbare Energien vorgesehen. Der große Rest dient zur Renovierung halb zusammengebrochener Potemkinscher Systeme. Die wirklichen Baustellen mit sinnvollen Arbeitsmöglichkeiten jenseits aller Wachstumsillusionen werden hingegen nicht wirklich bedient: Wir haben drei große Aufgaben zu erfüllen:

1. Wir müssen das weltweite Energiesystem aus der fossilen und atomaren Gefahr herausführen und auf 100% erneuerbar umstellen.

2. Wir müssen endlich das Elend, den Hunger, den Wassermangel und den Verlust der Artenvielfalt und Lebensräume stoppen.

3. Wir müssen überall der menschlichen Arbeitskraft die Chancen verbessern weil Arbeitslosigkeit gegen die Menschenwürde ist und auf Dauer die Demokratie gefährdet.

(Übrigens: In diesen Tagen wurde eine Studie veröffentlicht, wonach genau diese drei Probleme die Top-Sorgen unserer Kinder sind. Die Kinder in Deutschland sind offenbar intelligenter und mitfühlender als mancher Groß-Politiker...)

Rund 1/3 der Menschheit lebt am oder unter dem Existenzminimum. Dieses Drittel hat praktisch keinen Anteil am weltweiten Wohlstand und damit aber auch nicht an den Problemursachen – wohl aber an den Folgen! Weit mehr als 2/3 der heute lebenden Menschen werden nie in ihrem Leben ein Flugzeug benutzen, regelmäßig mit einem privaten Auto zu Spaßzwecken herumfahren oder sich zu einem nennenswerten Teil von tierischen Produkten ernähren. Die rechnerisch erlaubten 2 Tonnen CO₂ pro Kopf werden deshalb von diesem Drittel bei weitem nicht erreicht. Oft beträgt der pro Kopf-Anteil an der Klimazerstörung lediglich 0,2 bis 1,5 Tonnen – je nach Land. Ein US-Amerikaner ist für 20 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, ein EU-Bürger für 10 Tonnen und ein Chinese für 3,5 Tonnen verantwortlich. Das Weltklima ist nur deshalb noch nicht implodiert, die Vorräte sind nur deshalb noch nicht erschöpft, weil es so viele arme Menschen gibt. (Das gilt übrigens auch für die Inlandssituation: Die besten deutschen Klimaschützer sind die Kleinrentnerinnen, die Familien der unteren Einkommenschichten, die alleinerziehenden Mütter mit Sozialgeldbezug (den Namen des wegen diverser unappetitlicher Delikte verurteilten Schröder-Freundes nehme ich nicht mehr in den Mund).

Es ist deshalb an der Zeit, ernsthaft die weltweite und nationale Budgetierung des CO₂-Ausstoßes pro Kopf zu fordern:

Handelbare, private CO₂-Budgets mit abnehmender Zuteilung geben dem Ausstieg aus der Fossilwirtschaft einen ökonomischen Anreiz und spülen armen Menschen für eine Übergangszeit Geld in die Tasche. Z.B. könnten alle Kleinrentnerinnen und kinderreichen Familien diejenigen CO₂-Zertifikate die sie aufgrund nicht erfolgter Flugreisen übrig haben, gewinnbringend an der Börse an Vielflieger verkaufen. Dies wäre ein unmittelbar wirksames Förderprogramm für die Binnennachfrage, weil bei diesen Bevölkerungsgruppen noch ein sinnvoller Bedarf feststellbar ist, während die Vermögensansammlung weiter oben in der Pyramide zu Finanz-Spekulation, Steuervermeidung im Ausland oder auch zu extremem Konsum führt. Eine kinderreiche Familie wäre niemals auf die Idee gekommen, hochspekulative Papiere von einer Zockerbank mit klingendem Namen zu kaufen. Wenn sie Geld gehabt hätte, wäre vielleicht der überaltete Stromfresser-Kühlschrank gegen ein A++-Gerät ausgetauscht worden! Dieses Verhalten hätte niemals die Weltwirtschaft in den Beinahe-Kollaps getrieben – dessen bin ich mir sicher.

Die Einführung handelbarer Pro-Kopf-Budgets für das CO₂ würde die beiden großen Aufgaben angehen: Sie geben Anreiz zur friedlichen Energierevolution und sie sorgen für globalen Wohlstandsausgleich.

Wir brauchen auch einen neuen Anlauf bei den Energiesteuern. Ziel muss sein, das wirksamste Sinnesorgan des modernen Menschen – den Geldbeutel - für den Klimaschutz und für die nötige Energiewende zu sensibilisieren:

1. Die KFZ-Steuer muss abgeschafft und auf die Energiesteuer umgelegt werden.
2. Die Energiesteuer auf Kraftstoffe muss „atmend“ gestaltet werden: Starke Schwankungen des Ölpreises müssen durch die atmende Steuer abgeschwächt werden. Steigt der Ölpreis muss die Steuer entsprechend sinken. Sinkt der Ölpreis, muss die Steuer steigen. Insgesamt muss sich aber im Sinne einer Klimaschutz- und energiewende-bezogenen Steuerung eine spürbare und kalkulierbare Erhöhung der Kraftstoffpreise ergeben. Nur so wird die Effizienzsteigerung nach vorne getrieben. Nur so bildet sich bei Herstellern und Verbrauchern das Bewusstsein heraus, dass in Klimaschutz und Energieeffizienz regelmäßig investiert werden muss. Für die Planung wirtschaftlicher Prozesse ist es wichtig, hektische Ausschläge bei Basisfaktoren wie dem Energiepreis zu vermeiden.
3. Zusätzliche Einnahmen aus dieser steigenden Steuer sind aufkommensneutral zur schrittweisen Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden. Mittelfristig sind die Lohnnebenkosten abzuschaffen; es gibt nämlich keinen vernünftigen Grund, den sozioethisch erwünschten Einsatz von menschlicher Arbeitskraft durch lohnbezogene Abgaben zu verteuern. Die nötigen Einnahmen für die Sozialversicherungssysteme sind besser durch Steuern auf Energieverbrauch, Umweltverbrauch und Kapitalerträge zu erzielen.

Ich wiederhole unseren wichtigen Vorschlag, dieses Umsteuern (weg von den Lohnzusatzkosten hin zu einem größeren Beitrag der Energiesteuern für das Sozialsystem) in einem Teilbereich mit überschaubaren Größen zu erproben: Die Arbeitgeberbeiträge für alle Auszubildenden sollten erlassen werden und durch eine Leistung aus der Steuerkasse ersetzt werden. Eine Anerkennung für ausbildende Betriebe wirksamerer Art kenne ich nicht! Man könnte gleichzeitig ermitteln, ob diese Entlastung die Ausbildungsbereitschaft in arbeitsintensiven Branchen (Dienstleistungen) erhöht.

Unter der Erwartung zunehmender, dramatischer Arbeitsplatzgefährdungen durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es eine der wichtigsten Aufgaben demokratisch-sozialer Politik, die Arbeit konkurrenzfähiger zu machen und den Prozess der Verdrängung von Dienstleistungen zu stoppen. Der

Weg in unmenschliche Niedriglöhne ist unmoralisch. Wer auf diesem gefährlichen Weg Arbeit fördern möchte, macht die Gesellschaft instabil. Befristete und schlecht bezahlte Arbeitsstellen, aufgestockt durch staatliche Zuzahlungen und außerhalb fairer Tarifverträge rauben den Menschen die Selbstachtung! Dieser Weg wurde von Rot-Grün unter Schröder-Fischer unter antreibender Zustimmung von Union und FDP beschritten. Alleine die Erlaubnis zur unbefristeten Leiharbeit hat nicht nur den bösen Herrn Schlecker, sondern viele brave Kommunen und sogar besonders brave Träger aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden dazu verführt, Lohndumping durch selbstgegründete Leiharbeitsfirmen in der Kranken- und Altenpflege einzuführen...

Natürlich muss es einen Unterschied zwischen Arbeitslohn und Sozialgeld geben. Dieses Lohn-Abstandsgebot ist eine sozialetische Selbstverständlichkeit und muss nicht von einem FDP-Polemiker in die Politik eingeführt werden! Aber wenn der Lohn für harte und sinnvolle Arbeit systematisch unter das Existenzminimum gedrückt wird, dann wird es schwierig, das Sozialgeld auf Abstand zu halten! Deshalb muss immer dann ein würdesichernder Mindestlohn gefordert werden, wenn über den Lohnabstand diskutiert wird! Ohne Mindestlohn wird das alles zu einer zynischen Debatte – die mag man bei der FDP anheizen, wir stehen dafür nicht zur Verfügung.

Der bessere Weg ist die Entlastung des Faktors Arbeit von Sozialabgaben. Was zu Bismarcks Zeiten fortschrittlich war ist heute gefährlich:

Steuern und Abgaben sollen nicht länger vorrangig auf Arbeit erhoben werden sondern auf Energie- und Rohstoffverbrauch, auf Schadstoffausstoß, Kapitalertrag und Vermögen. Generell sollte folgendes Ziel definiert werden: Alle Einkommen werden zur Finanzierung der Sozialsysteme herangezogen; eine Grundversorgung mit sozialer Absicherung (Rente, Krankheit, Pflegebedarf) muss über das Steuersystem und nicht mehr über Lohnzusatzkosten erfolgen – so wie das eine Reihe katholischer Verbände in einem durchgerechneten Modell fordern.

Vorrangig müssen Steuern auf Energieverbrauch aus fossilen und nuklearen Quellen erhoben werden. Aufkommensneutral – das heißt: Wenn eine Milliarde mehr über Energiesteuern eingenommen wird, muss diese Milliarde an anderer Stelle – genauer bei den Lohnnebenkosten – zurückgegeben werden. Nicht den gleichen Steuerzahlern, aber in der gleichen Höhe insgesamt. Angesichts der gigantischen Zusatzausgaben der letzten Zeit werden wir aber auch zusätzliche Einnahmen brauchen. Dazu bieten sich folgende Maßnahmen an: Einstellung von mehr Steuerprüfern. Konsequente Ächtung und Bekämpfung der Schwarzarbeit. Abbau von Steuerverzichts-Subventionen bei der Fliegerei (Mehrwertsteuer auf intern. Flüge, Kerosinsteuer zumindest im nationalen Flugverkehr), Steuer auf Nuklearbrennstoff, Abschaffung des Dienstwagenprivilegs usw.

An dieser Stelle ein paar Zahlen:

In Deutschland werden knapp 400 Milliarden Euro an Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern – nicht mehr ganz paritätisch – aus den (weniger werdenden) sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erbracht. Zusätzlich fallen 182 Milliarden an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer an. Auch ein gewisser Teil der 130 Milliarden Mehrwertsteuer fällt als Aufschlag auf Handwerkerleistungen an. Das alles liegt wie ein Betongewicht auf dem Faktor Arbeit und regt die Wirtschaft seit vielen Jahren zum Wegrationalisieren und Verlagern von Beschäftigung an! Einkommen jenseits der Beitragsbemessungsgrenze und Einkommen aus Kapitalerträgen und Vermietung sind frei von Sozialabgaben. Das führt zu einer extremen Ungerechtigkeit bei der Finanzierung des Sozialstaates. Man kann gut und gerne sagen, dass der Faktor Arbeit von den insgesamt eingenommenen 1000 Milliarden Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Staat und Sozialsystem um die 700 Mrd. Euro beiträgt.

Gesamtsumme Steuern und Abgaben	ca.1000 Mrd
Davon lasten auf dem Faktor Arbeit:	ca. 700 Mrd

Damit verglichen nehmen sich die anderen Beiträge bescheiden aus:

Energiesteuern:	40 Mrd
KfZ-Steuer	9 Mrd
Versicherungssteuer	10 Mrd.
Kapitalertragssteuer und Zinsabschlagsteuer	29 Mrd
Körperschaftssteuer (Einkommenst. der Kapitalges.)	16 Mrd.
Einfuhrumsatzsteuer und Zölle	50 Mrd
Gewerbesteuer	40 Mrd

FDP und CSU wollen bekanntlich die Steuern senken. Eines steht aber schon ziemlich fest: Erhöht werden demnächst die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Damit wird der Einsatz einer legalen Arbeitsstunde noch teurer. Schwarzarbeit wird noch lukrativer. Wolfgang Franz, der Chef des Sachverständigenrates („Wirtschaftsweise“) hat zur Arbeitslosenversicherung jüngst einen interessanten Vorschlag gemacht: Die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten abhängig vom Entlassungsverhalten des jeweiligen Unternehmens höher oder niedriger sein. So entstehe ein Anreiz, keine Stellen abzubauen... Kleine Quizfrage: Seit wann findet sich genau dieser Vorschlag im sozialpolitischen Programm der bayerischen ÖDP? Seit dem 22.1. 2005! Vielleicht hat ja der „Wirtschaftsweise“ Dr. Franz die „Eckpunkte der bayerischen ÖDP zur Reform der Sozialsysteme“ gelesen...es lohnt sich wirklich! Hätten wir dieses Bonus-Malus-System bei der Arbeitslosenversicherung wie bei der KfZ-Haftpflicht seit langem bewährt, dann müsste Siemens und General Motors demnächst nach den fest eingeplanten Massenentlassungen wenigstens für die behaltene Belegschaft höhere Beiträge zahlen. Aber viel wichtiger wäre die Entlastung bei den vielen Klein- und Mittelbetrieben, den Arztpraxen, den Einzelhändlern, den Handwerkern, die vom Bonus profitieren würden. Das wäre ein Bonus, der seinen Namen verdient, weil Bonus bekanntlich das lateinische Wort für „gut“ ist und nicht für „gierig“

Mit Steuern und Abgaben kann man steuern – wenn man will. Wir hätten allen Grund dazu, in eine postfossile und arbeitsfreundlichere Zukunft zu steuern. Ich fürchte, dass dazu die Westerwelles, Zeils und Leutheuser-Schnarrenbergers dieses Landes nicht bereit sind. Wer bei den letzten Wahlen die FDP gewählt hat, hat eine schwere Verantwortung übernommen; ich nehme an, dass ein Kreuz bei den Blau-Gelben beim Jüngsten Gericht als strafverschärfend gilt. Tätige Reue, eine rechtzeitige Selbstanzeige im Beichtstuhl und der heilige Vorsatz so etwas nie wieder zu tun – weder alleine, noch mit anderen - kann vielleicht das Schlimmste verhindern und eine Chance auf verkürztes Fegefeuer eröffnen.

Darf's ein bisschen weniger FDP sein? Ach was:

„Nie wieder FDP“ muss das Motto nachdenklicher Leute sein!

Zugegeben - sie waren es nicht alleine. Ein bedeutender niederbayerischer CSU-Abgeordneter hat sich in den Koalitionsverhandlungen auch als fürsorglicher Wohltäter des Hotelgewerbes ewigen Ruhm erworben. Aber selbst Ernst Hinsken hätte ohne die FDP diesen Schwachsinn nicht durchgesetzt.

Seit vielen Jahren setzen sich Familienverbände von Kolping bis zur KAB, vom kath. Familienbund bis zum weltanschaulich neutralen Dt. Familienverband dafür ein, für typische und eindeutige Kinderartikel den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erreichen. Die Politik hat stets schwer gegrübelt und dann europarechtliche Probleme aufgelistet, Abgrenzungsprobleme erfunden und vor allem die schlechte Finanzlage des Staates bemüht. Kurzum, es ging nicht. Familien haben ja eine grundlegende Begabung zur Opferhaltung, weshalb sie nur geseufzt und Verständnis aufgebracht haben. Schließlich kommt die heutige Sparsamkeit ja den kommenden Generationen zugute, wenn sich die Schuldenlast abbauen lässt. Da zahlt man gerne den vollen Mehrwertsteuersatz für Kinderwagen und Kindersitze, für Kinderschuhe und Kinderhosen, für Schulranzen, Stifte und Malfarben.

Jenseits von Europarecht und Finanzknappheit ist nun aber die Senkung der Mehrwertsteuer doch gelungen. Nur nicht bei Windeln und Strampelanzug sondern bei der Hotelübernachtung. Es wäre jetzt wirklich an der Zeit, Art .6 GG neu zu formulieren: „Das Hotelgewerbe steht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Jede Nächtigungsstelle hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“

Nicht tadeln kann ich die FDP wegen der jüngst erfolgten Auslassungen ihres Vorsitzenden zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Sozialgeld für Landzeitarbeitslose und deren Kinder. Ich bin Herrn Westerwelle sehr dankbar für seine Selbstoffenbarung: Das höchste deutsche Gericht wird vom Außenminister der Bundesrepublik Deutschland sozialistischer Umtriebe verdächtigt. So etwas dient der Aufklärung über den Charakter der FDP. Viele Verfassungspatrioten, die bei den letzten Wahlen diesen Verein wegen mancher berechtigter Sorge um die Bürgerrechte gewählt haben, werden sich jetzt schämen – zu Recht. Aber es kommen ja wieder Wahlen. Der Ausrutscher mit der FDP lässt sich korrigieren. Auf jeden Fall wissen wir jetzt, dass unser Herr Vizekanzler vom Sozialismus keine Ahnung hat, dass der Herr keinen Respekt vor dem Verfassungsgericht hat und dass er sich ganz offensichtlich über arme Menschen in Deutschland nur aus dem nachmittäglichen Radau-Fernsehen gewisser Privatsender informiert, wo immer wieder angebliche Sozialgeldempfänger die arbeitende Menschheit für bescheuert erklären! Der Mann ist im Kabinett fehl am Platz und gehört allenfalls selber in so eine Radau-Talk-Show zum Thema „Ohne Nachdenken kann man auch reden und leben!“

Noch ein massiver Grund die FDP bei künftigen Wahlen bitte auf Null zu setzen:

Diese Partei hat es geschafft, eine genveränderte Kartoffelsorte mit ihrem von BASF gegebenen Markennamen in einen Koalitionsvertrag einer Bundesregierung zu schreiben! Ich zitiere: „Der Anbau der

gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora für eine kommerzielle, industrielle Verwertung wird unterstützt.“ So ein Satz steht als Regierungsziel im Vertrag. Schon manches Gemüse hat es geschafft, ins Kabinett zu kommen, aber eine spezielle Kartoffel im Koalitionsvertrag sozusagen als Staatsziel – das ist neu, das ist Westerwelle-pur, da macht sich der Staat zum Knecht eines Chemie-Konzerns. Aber natürlich geht es nicht nur um dieses Produkt. Das Verbot des Genmais Mon 810 bleibt zwar bestehen – als Partnerin von Monsanto traut sich nicht einmal mehr die FDP unter die Leute. Aber der schöne Name „Amflora“ – er ginge auch als Name einer guten Fee durch – dieser Name im Koalitionsvertrag steht für den Willen von Schwarz-Gelb, die Genmanipulation in der Landwirtschaft durchzusetzen. Für uns gilt bei der Genmanipulation wie bei der Atomkraft nach wie vor das Folgende : Was keiner braucht, was nicht rückholbar ist obwohl große Risiken drohen, darf seitens der Politik nicht zugelassen oder gar gefördert werden.

Wir stehen zu einer gentechnikfreien, bäuerlichen Landwirtschaft, die sich ihrer Verantwortung für die Böden, für die Tiere, für die Menschen und für die Zukunft sehr bewusst ist. Natürlich sind uns die anerkannt ökologisch wirtschaftenden Betriebe besonders nahe; wir beobachten aber auch, dass sich mehr und mehr innerhalb der konventionellen Landwirtschaft zwei Richtungen herauskristallisieren: Während die einen sich industriellen Methoden verschreiben nähern sich die anderen wegen der Abscheu vor der Genmanipulation, der gefährlichen Abhängigkeit von importierten Futtermitteln, der Teuerung bei Mineraldünger und Pestiziden vor allem aber unter dem politischen Zwang zur Aufblähung der Betriebe („wachsen oder weichen“) immer mehr einem unabhängigen Denken an und öffnen sich den Ideen jener Fachleute, die zur Abkehr vom Mengenwachstum und zur Hinwendung zu regionalen und fair gehandelten Qualitäten raten. Dafür ist die vom BDM auf den Markt gebrachte „faire Milch“ ein sympathisches Symbol. Dass dies viele so sehen zeigt die starke Nachfrage. Hoffentlich gelingt es den Organisatoren, dieses Produkt regelmäßig zu liefern; die starke Nachfrage hat nämlich zu Engpässen geführt – es war nicht leicht, diese Milch für die Besucher unserer Aschermittwochskundgebung als kleines Mitbringsel zu besorgen. Aber sie haben natürlich die Wahl: Sie dürfen sich auch mit der frischen Öko-Milch bedienen. Ich bitte alle Landwirte sehr herzlich: Steigen Sie um auf eine garantiert gentechnikfreie Fütterung! Bleiben Sie beim konsequenten Verzicht auf Anbau genmanipulierter Saaten und Pflanzen! Engagieren Sie sich für den höchsten möglichen Tierschutz in der modernen Produktion! Reduzieren Sie den artengefährdenden Einsatz von Pestiziden! Steuern Sie mehr und mehr auf die Standards des Ökolandbaus zu! Ich fordere aber auch uns Verbraucherinnen und Verbraucher, vor allem aber auch die politischen Verantwortungsträger dazu auf, den Landwirten, die sich in der genannten Weise engagieren, faire Preise nicht nur bei der Milch sondern überall zu garantieren. Das Ziel muss sein, mit einer reduzierten Mengenproduktion und höheren Leistungen für Artenschutz, Wasserschutz, Landschaftspflege, Energieeinsparung und Klimaschutz auch wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Die „faire Milch“ ist ein meiner Meinung nach gelungener Versuch, mit mehr Information und Hinweisen auf Besonderheiten wie es die gentechnikfreie Fütterung darstellt, einen höheren Preis für gute Qualität zu erzielen. Landwirte sollten sich aber auch nicht länger schlecht fühlen, wenn sie für besondere Leistungen Direktzahlungen erhalten. Wenn es Leistungen für die Allgemeinheit sind, müssen diese auch von der Allgemeinheit bezahlt werden. Nicht zu rechtfertigen sind hingegen Subventionen, die ohne solche Leistungen gewährt werden und nur die Verdrängung kleiner Höfe in benachteiligten Gebieten durch industrialisierte Erzeuger in bevorzugten Regionen bewirken. Gerade bei den Grünlandbauern in schwierigen Regionen gilt: Hier wird nicht nur Landschaft gepflegt, sondern auch ein vom Menschen nicht direkt zu nutzendes Gut wie das aufwachsende Gras genutzt. Wir sollten bei einem Produkt wie der Milch wissen, ob es mit extremer Zufütterung von Import-Eiweiß, oder mit einem hohen Anteil von heimischer Grundlandwirtschaft erzeugt wurde! Hier ist differenzierte Verbraucherinformation nötig und keine pauschale Ablehnung oder Rechtfertigung.

Wir haben also jetzt nach der Zustimmung des Bundesrates am rußigen Freitag (!) alleine auf der Bundesrechnung runde 80 Milliarden neue Schulden. Zusätzlich zu den bekannten 1500 Milliarden alten Schulden der öffentlichen Hände... Aber es wird ja alles ab 2016 radikal begrenzt und schon ab kommendem Jahr wird richtig gespart...

Normalerweise macht man sich beim Schuldenmachen darüber Gedanken, wie Zins und Tilgung bewältigt werden können. Wer also 80 Milliarden neue Schulden aufnimmt und eine so gute Bonität wie die Bundesrepublik hat, muss mit ca. 2,5 Milliarden Zinszahlungen pro Jahr rechnen und eine Tilgungsleistung von ebenfalls mindestens 2,5 Milliarden einplanen, um den Kredit innerhalb einer Generation wieder zurückzuzahlen.

Wir müssten also als Bundesrepublik heuer mindestens 5 Milliarden zusätzlich aufbringen. Das wäre nicht unmöglich – wenn denn jemand wollte!

Alleine durch die Einführung einer Kerosinsteuer im nationalen Flugverkehr und durch den Verzicht auf den Mehrwertsteuerverzicht im internationalen Flugverkehr könnte z.B. dieses seriösere Schuldenmanagement erreicht werden. Warum wird das nicht gemacht?

Weil es ein Wachstumsverzögerungsgesetz hinsichtlich des Luftverkehrs wäre!

Es wäre auch ein Schuldenelendverkleinerungsgesetz – aber das scheint weniger zu interessieren!

Es wäre noch dazu ein Klimaerwärmungsverzögerungsgesetz – ist das auch nicht gewollt? Reicht uns wirklich die Klimaschutzphrasenvermehrung?

Übrigens: Die 2,5 Milliarden Euro an Zinsen, die ab sofort Jahr für Jahr zusätzlich zu den ohnehin schon zu zahlenden 40 Milliarden Zinsen für die Altschulden anfallen, stellen eine weitere Umverteilung von unten nach oben dar: Die kinderreiche Familie und die oft zitierte Kleinrentnerin, aber auch die innovativen aber finanziell klammen jungen Gründer sowie die am Abgrund wirtschaftenden Milchbauern können dem Staat kein Geld in Form von Bundesanleihen geben und dafür Zinsen nehmen – sie müssen aber die Zinsen zahlen – mindestens in Form von Mehrwertsteuer und anderen Verbrauchssteuern. Selbst der ärmste Sozialgeld-Empfänger zahlt die Zinsen und sichert den Kredit über seinen alltäglichen und nicht einsparbaren Konsum ab. Staatsverschuldung ist unsozial! Staatsverschuldung ohne sauber konstruierten Schuldendienst ist extrem unsozial – vor allem dann, wenn eine sauber konstruierte Lösung möglich wäre!

Aber das ist nicht alles: Es wäre nicht unmöglich, eine seriöse Finanzpolitik zu betreiben. Wenigstens die oben verlangte bürgerliche Strategie ließe sich locker realisieren – Schulden machen soweit nötig, aber über Zins und Tilgung ernsthaft nachdenken und diese sichern!

Konsequente Vermehrung des Personals in der Steuerverwaltung. Das bringt ca 10 Milliarden in die Staatskasse

Abschaffung der Steuerprivilegien für den Flugverkehr – nationale Kerosinsteuer, Einführung der Mehrwertsteuer für internationale Flüge - brächte 8,5 Mrd.

Keine Energiesteuervergünstigung für Dieselmotoren mehr – bringt 6 Mrd

Alle Ermäßigungen bei Energiesteuer und Ökosteuer abschaffen – bringt 4 Mrd.

Steinkohlesubventionierung, Braunkohlevergünstigung abschaffen bringt 1,9 Mrd.

Dienstwagenprivileg abschaffen, privat genutzte Dienstwagen pauschal besteuern – bringt 2 Mrd.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer (0,03 %) bringt 28 Milliarden (und würde die absurdesten Wetten im Börsenkasino abstellen...)

100 000 Steuerhinterzieher haben wahrscheinlich in der Schweiz ein Konto oder auch mehrere Konten. Darauf liegen unvorstellbare Summen Schwarzgeld. Wenn jetzt auf nicht sehr schöne Art herauskommt, dass ein kleiner Teil dieser Anleger ein paar hundert Millionen Euro Steuern hinterzogen hat, dann muss man ja folgendes bedenken:

Steuern fallen nur auf den Ertrag des angelegten Geldes an, z.B. auf den Zins. Deshalb heißt die Steuer ja auch Kapital-Ertrags-Steuer! Um 1 Euro Steuern zahlen zu müssen muss ich im ungünstigsten Fall (Höchststeuersatz) gut 2 Euro Zins erhalten haben. Seit es die Abgeltungssteuer in Deutschland gibt, sieht es weit günstiger für die Steuerzahler aus: Dann ist der eine Steuer-Euro 25% vom Zinsertrag, entspricht also einem Ertrag von 4 Euro. Um aber 4 Euro Ertrag zu erhalten, muss ich vorher bei einer angenommenen Rendite von 5% ein Kapital von 80 Euro angelegt haben. Nach Adam Riese entsprechen also 100 Millionen hinterzogene Steuern einem in der Schweiz angelegten Schwarzgeldberg von 8 Milliarden!

Es ist allerdings mittlerweile nicht mehr von 100 Millionen hinterzogenen Steuern die Rede, sondern von 300 oder gar 400 Millionen... Das würde bedeuten, dass nicht 8 Milliarden sondern bis zu 30 Milliarden Euro Schwarzgeld außer Landes gebracht wurden – ausschließlich um der hiesigen Gesellschaft die Ressourcen für Bildung, Gesundheit, Altenpflege, Infrastruktur, Klimaschutz, Kultur, Forschung und weiß Gott noch was zu entziehen.

Das ist ein himmelschreiender Skandal, der seit langem bekannt ist und dennoch keine wirkliche Abhilfe erfährt.

Abhilfe? Wie ginge das?

1. Die Lösung des Karlsruher Großphilosophen Peter Sloterdijk (das ist der, der ganz offensichtlich zu dem Friseur geht, den auch Urban Priol aufsucht...) ist die lustigste: Der aus Steuerkassen bezahlte

Universitätsprofessor schlägt ernsthaft vor, den „Raubzug des Staates“ gegen seine leistungsfähigsten Bürger zu beenden und uns allen die „Würde des Schenkens“ zurückzugeben. Ja wirklich, er will die Steuerpflicht abschaffen und er rechnet dann damit, dass jeder dem Staat freiwillig gibt, was er leisten kann und leisten möchte. Das ist die „Würde des Schenkens“. Noch besser wäre es natürlich, jeder würde ohne die Zwischenstation „Staat“ einem Bedürftigen direkt schenken. Ob der Herr Professor sein Gehalt und seine späteren Ruhebezüge dann von uns allen geschenkt bekäme weiß ich nicht. Auf meine Geschenke müsste er verzichten – aber das sagt nicht, dass nicht vielleicht so mancher Westerweller ein paar Euro überweisen würde, an diesen Vordenker der Staatsvernichtung! Ich habe beobachtet, wie dieser Herr ganze Seiten in nahezu allen seriösen Zeitungen erhalten hat – für eben diesen intellektuellen Anschlag auf die Basis unseres Gemeinwesens. Ein Rückfall ins private Almosengeben als Ersatz für den Sozialstaat des Grundgesetzes – und die Redaktionen geben bereitwillig Raum für Selbstdarstellung und Debatte!

2. Die scheinheilige Lösung, die immer in solchen Diskussionen kommt, passt mir auch nicht: „Ja wenn das Steuersystem endlich gerecht und einfach wäre, dann würde ich gerne Steuern zahlen und auf keinen Fall auch nur einen Cent verheimlichen!“ Das kommt mir so vor, wie wenn ein im Straßenverkehr erwischter Alkoholsünder mitteilt, er hätte ja nicht gesoffen, wenn die Straßenverkehrsordnung leichter lesbar wäre...

3. Die beste Abhilfe wäre ganz sicher, eine ausreichende Ausstattung der Finanzämter mit Personal. Nur garantiert diese Forderung nicht die Wahl ins Parlament. Da außerdem die Finanzbeamten von den Ländern bezahlt werden müssen, die Gewinne aber überproportional der Bund bekommt, unterbleibt diese unmittelbar zielführende Maßnahme. Es handelt sich um eines der absurdesten Politikversagen, das ich kenne.

4. Hilfreich wäre auch eine wirkliche Ächtung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit auf allen, ja wirklich auf allen Ebenen: Im Kleinen wie im Großen. Testen sie doch mal die Reaktionen ihrer besten Freunde, wenn sie nicht mitmachen beim breitem Grinsen zum allseits beliebten small-talk über entsprechende Tricks ...

Aber auch mir fällt immer weniger ein, wenn dann der Einwand kommt: „Aber wie gehen denn die Herrschaften mit unserem Geld um?“ Das Desaster rund um die Landesbank Bayern ist deshalb so schlimm, weil es geeignet ist, aus Politikerverdrossenheit allmählich Staatsverdrossenheit zu machen. „Dafür soll ich Steuern zahlen – für Murks und Schwindel?“

Bevor ich aber zu diesem traurigen Kapitel noch etwas sage erlauben sie mir bitte einen Exkurs zu einem gesellschaftspolitischen Thema, das mir mehr denn je am Herzen liegt (ich verspreche, dass ich auf einem kleinen Umweg zurück zur Landebank kommen werde...)

Massiv wird derzeit über den Ausbau der Krippenbetreuung unter vorwiegend quantitativer Problemstellung berichtet: Reichen die Plätze für eine mancherorts steigende Nachfrage? Das Problem ist aber vielschichtiger: Auch Fachleute mit grundsätzlich positiver Einstellung zur Krippenbetreuung (z.B. die Krippenfans von der Bertelsmannstiftung oder auch die „Liga für das Kind“) fordern dringend die Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Für Kinder unter drei Jahren müsste eigentlich eine Quote von 1:3 (eine Fachkraft für höchstens drei Kleinkinder) organisiert werden, um die psychologisch so wichtige Bindungssicherheit und die optimale Ausbildung der Spiegelneuronen beim Kind zu fördern.

Spiegelneuronen sind spezialisierte Gehirnzellen, die für das Einfühlungsvermögen des Menschen zuständig sind; sie werden jedes Mal dann angeregt, wenn sich ein persönlicher Kontakt zwischen dem Kleinkind und einem vertrauten Erwachsenen ergibt. Sowohl für die Familie wie die Kinderkrippe gilt deshalb, dass das kleine Kind vor allem viel Zuwendung und Kommunikation über Körperkontakt, Sprache und gemeinsame Tätigkeiten braucht. In zu großen Gruppen mit vielen Wickelkindern wird das alles sehr schwierig. Aber vielleicht ist Einfühlungsvermögen, Empathie, christlich-altmodisch gesprochen „Bereitschaft zur Nächstenliebe“ gar nicht mehr gewünscht? Vielleicht brauchen wir in der Zukunft mehr Rücksichtslosigkeit und Ellenbogeneinsatz, vielleicht sind das die neuen soft-skills?

Noch sind wir nicht so weit. Noch fordern Fachleute der Frühpädagogik eine deutlich bessere Personalausstattung der Kindertagesstätten. Wenn eine Erzieherin wegen Krankheit oder Fortbildung ausfällt, gibt es - anders als bei den Schulen - keine „mobile Reserve“. Eine öffentliche Debatte, die sich ausschließlich an der Zahl der Plätze und der baulichen Ausstattung der Tagesstätten (Höhe der Fenster, Korkwände...), aber nicht so sehr an der Anzahl der betreuenden Fachkräfte orientiert, ist bedrohlich: Es geht schließlich um nichts weniger als um die emotionale Grundsicherung der nächsten Generationen! Offensichtlich ist, dass sich die Kommunen einen wissenschaftlich gebotenen Personalstand gar nicht leisten können.

Der Zusammenbruch des öffentlichen Betreuungswesens wird nur dadurch verhindert, dass nach wie vor und Gottseidank die allermeisten Eltern ihre Kleinkinder immer noch gerne selbst betreuen. Würden alle Eltern dem Zeitgeist folgen und für ihre Kleinkinder ab dem 2. Lebensjahr eine öffentliche Betreuung beanspruchen, wären alle Träger sofort bankrott. Kinderkrippen sind in der heutigen Zeit sicherlich notwendig und für manche Eltern unverzichtbar. Wir sollten aber die nötige Qualität im Auge behalten und vor allem endlich auch die Leistung jener Eltern würdigen, die ihre Kinder in den ersten drei Jahren familiär betreuen und dafür Einbußen beim Einkommen in Kauf nehmen. Deshalb fordern wir kein Trinkgeld oder Almosen für die Eltern sondern ein sozialversicherungspflichtiges Familiengehalt, wenn in der Familie erzogen, betreut oder gepflegt wird!

Wir stehen mehr denn je und immer intensiver unter dem Dogma der „Vereinbarkeit“. Auf Akademietagungen wird zwar die „Entschleunigung“, die „Entstressung des Alltags“, die „life-work-balance“ und das Ende von „multi-tasking-Zwängen“ reklamiert. Außerhalb der Tagungshäuser und Seminarschlösser regiert jedoch ein völlig anderer Geist: Wer für Erziehung und Familienleben Zeit beansprucht, der darf das gerne tun, sofern er das nebenbei noch hinkriegt. Vorrang hat das Zur-Verfügung-Stellen der eigenen Arbeitskraft im Rahmen des ökonomischen Systems. Ehe und Familie stehen zwar unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung – aber Auswirkungen auf die Realität der Gesellschaft darf dieser Anspruch keine haben!

Wer mit Eltern redet – und ich tue das beruflich sehr oft – der weiß, was da in den letzten Jahren durch die diversen Schulreformen an zusätzlicher Hektik in die Familien hineingekommen ist. Das wird oft übersehen: Familien schützen und ihnen helfen hat sehr viel mit Schulorganisation und Schulsystem zu tun. Bekämen wir zum Beispiel wie in vielen Ländern schon lange üblich und bei Reformschulen auch in Bayern bewährt - endlich für jede Klasse eine zweite Kraft, wäre das auch eine unschätzbare psychische Familienhilfe! Aber es läuft ja in die andere Richtung: Alleine die Umstellung auf das G8 hat die Ausschüttung von Stresshormonen bei Eltern und Schülern extrem gefördert! Ich hoffe, dass die Schülerdemo vom letzten Freitag eine neue Debatte eröffnet. Auch der Philologenverband hat angekündigt, für die freie Wahl zwischen G8 und G9 einzutreten. Sehr gut! Es lohnt sich nochmals daran zu erinnern, wer für das G8 verantwortlich war und ist: Der Mann heißt Stoiber und ist immer noch aktiv...

Als EU-Bürokratieabbau-Spezialist hat er sich jetzt wieder einmal mit einem bemerkenswerten Einsatz in der BILD-Zeitung geäußert. Es geht um eine Richtlinie zum Energiesparen, die alle Hersteller verpflichten soll, ihre Geräte so effizient wie möglich zu machen. Das betrifft auch Duschköpfe und die sinnvolle Begrenzung des Wasserdurchfluss. Die Bild-Zeitung macht daraus die Schlagzeile: „EU will jetzt auch Duschköpfe verbieten!“ Ich wäre zwar eher für ein Verbot von textenden Hohlköpfen aber das ist ein anderes Problem. Stoiber ist mit folgendem Satz zitiert: „Solche Fragen müssen künftig mehr mit den Bürgern Europas diskutiert werden, weil das ja in ihr Leben eingreift.“ Also: wir machen jetzt europaweite Bürgerforen über die Durchflussmengen bei Duschköpfen. Das verlangt der gleiche Stoiber, der seinerzeit das unsägliche G8 überfallartig eingeführt hat - ohne jede Vor-Information und ohne irgendeine Debatte mit den betroffenen Eltern, Lehrern und Schülern. Duschköpfe sind ja auch viel eingreifender als eine Verschärfung des Schulstresses! Auch bei der Polizeireform hat es kaum eine Diskussion gegeben – aber die Duschköpfe müssen jetzt breit diskutiert werden! Na ja, ein Gutes hat die Sache: wir wissen jetzt wenigstens, dass sich Stoiber noch immer an der EU-Bürokratie abarbeitet.

Aber zurück zur Vereinbarkeitsdebatte:

Den Vogel hat jetzt die neue Familienministerin abgeschossen. Ich beteilige mich nicht an der biographischen Kritik, die Frau Köhler (jetzt verheiratete Schröder) wegen ihrer Jugend und ihres langen Ledigseins aushalten muss. Ich bleibe bei der Sache: Frau Schröder (kein gutes Omen für das Gedöns ist dieser neue Name...) verlangt jetzt nicht nur die Vereinbarkeit von außerhäuslicher Erwerbstätigkeit und Kindererziehung; sie schwadroniert jetzt auch noch von der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Altenpflege in der Familie! Wie das gehen soll, sagt sie nicht – aber ein Forschungsauftrag wird wohl schon vergeben sein... Im linken Arm ein Wickelkind, mit der rechten Hand einen kreativen Text in die Tastatur gehämmert oder eine Excel-Tabelle bearbeitet und mit dem Fuß den Rollstuhl vom Opa zur Toilette bugsiert!

Die SPD macht einen anderen konkreten Vorschlag in diese Richtung: Für die Pflege alter Menschen soll es demnächst einen Anspruch an den Arbeitgeber für 10 oder 14 freie Tage geben. Diese Zeit ist für die familiäre Pflege völlig belanglos, weil alte Menschen oft über zehn und mehr Jahre Betreuung brauchen, nicht über 10 Tage, wenn es grade mal passt! Man kann in 10 Tagen allenfalls ein Heim suchen und die Formalitäten erledigen – auch nicht schlecht. Aber mit „Vereinbarkeit von Familie und Altenpflege“ hat das nichts zu tun. Es ist nur „Politiker-Gerede“ – nicht mehr.

Ich werde mich künftig noch weniger als bisher schon in dieses Zeitgeist-Korsett „Vereinbarkeitsdogma“ zwingen lassen: Familie und außerhäuslicher Beruf sind als zwei gleichberechtigte Tätigkeiten nicht wirklich vereinbar. Die Begleitung eines betreuungs- oder gar pflegebedürftigen Menschen ist eine anspruchsvolle Tätigkeit mit hohem Zeitaufwand und noch höherem emotionalen Anspruch! Das Gleiche gilt für die Begleitung kleiner Kinder. Wer zwei wichtige Tätigkeiten mit vollen Anspruch erfüllen möchte, wird entweder beide vernachlässigen, oder aber nach einer gewissen Zeit der extremen Höchstleistungen zusammenbrechen.

Ich streite nicht ab, dass eine Teilzeitarbeit außer Haus zusätzlich zur Arbeit in der Familie möglich ist. Aber diese zusätzliche Arbeit darf nicht zu einer dauerhaften Überschreitung der möglichen Leistungskapazität führen! Alle Studien weisen nach, dass die psychischen Erkrankungen, burn-out und Depressionen, Angst- und Zwangserkrankungen dramatisch zunehmen und die alten Spitzenreiter „Herz-Kreislauf-Erkrankungen“ gerade ablösen. Verlangen wir eigentlich von Ribery und Lahm, von Schweini und Poldi, dass sie zusätzlich zu ihrem Fußballerberuf noch die Vierschanzentournee mitmachen und natürlich auch gewinnen? Das müsste sich doch locker vereinbaren lassen... Leistung in einer einzigen Disziplin ist doch zu wenig!

Dass es wirklich nicht geht, lässt sich leider mittlerweile nachweisen:

Es gab da Politiker, die waren eigentlich als Minister gut ausgelastet. Trotzdem glaubten sie dem Vereinbarungsdogma und muteten sich die anspruchsvolle Zusatz­tätigkeit als Verwaltungsrat einer großen Bank zu. Das Vereinbarkeits-Abenteuer kostet uns, den Freistaat Bayern, bekanntlich viele Milliarden Euro. Geld das auf viele Jahre hin fehlen wird. Geld mit dem man locker zwei Kräfte für jede Klasse finanzieren könnte. Geld mit dem man menschenwürdige Altenpflege organisieren könnte, Geld, das zur energetischen Sanierung aller öffentlichen Gebäude im Freistaat reichen würde...

Der Regensburger OB Schaidinger behauptet, er hätte alles richtig gemacht, alles Nötige gelesen, alles Nötige gefragt, alles Nötige begrüßt, Berge von Akten studiert – alles dies zusätzlich und genauso gründlich wie er das in seiner Oberbürgermeister­tätigkeit und als Vorsitzender des Städtetages macht. Prof. Dr. Kurt Faltlhauser hat das gleiche geschafft – auch alles richtig gemacht, auch alles studiert, auch alles begrüßt – genauso gründlich, wie er das von der professionellen Ordnung der Finanzen des Freistaates gewohnt war. Nur der Erwin Huber ist zerknirscht und schämt sich. Er scheint zu ahnen, dass das mit der Vereinbarkeit von zwei anspruchsvollen Tätigkeiten nicht geklappt hat.

Die ÖDP hat seit Jahrzehnten gefordert, die Staatsbeteiligungen anders vertreten zu lassen: In die Aufsichts- und Verwaltungsräte gehören keine Minister, sondern Mitglieder einer beim Rechnungshof anzusiedelnden Fachabteilung. Ich bin mir sicher, dass sich solche Fachbeamte von der Kärntner-Clique nicht über den Tisch hätten ziehen lassen! Vielleicht hätten sie auch einfach den Vorteil gehabt, der politischen Faszination des Kärntner Hauptmanns nicht zu erliegen: Die Bewunderung für diesen frechen, männerbündlerischen, immer wellness-gebräunten Nationalisten war in bayerischen Regierungskreisen unverhohlen. Der traut sich was, der kuscht nicht vor dem linken oder christlich motivierten „Gutmenschen“ – unvergessen ist uns doch die deutliche Empfehlung zur schwarz-braunen Koalition, die Edmund Stoiber seinerzeit vor 10 Jahren an die ÖVP gegeben hat. Diese heimliche bis unheimliche Bewunderung war meiner Meinung nach die Wurzel für den Hypo-Alpe-Adria-Deal. Man wollte miteinander was drehen! Man wollte mit diesem stets gut gelaunten Frechdachs was anrichten!

Sage mir mit wem du umgehst und ich sage dir wer du bist! Oh alte Kraft der Sprichwörter!

Wer von uns hier im Saal hätte von Jörg Haider zu seinen Lebzeiten auch nur eine gebrauchte Gartenbank gekauft? Ich nicht. Ich hätte die ganze Zeit daran denken müssen, wer auf dieser Haider-Bank schon mal gesessen ist. Womöglich irgendein alter oder junger Nazi.

Stoiber und Faltlhauser hingegen wollten keine gebrauchte Gartenbank sondern eine sehr brüchige und bereits in Verruf geratene Hypothekenbank. Sie wollten mit ihm dealen, weil sie ihn schon lange heimlich und heftig bewundert haben!

Die Warnungen der österreichischen Bundes-Bankenaufsicht gaben der vereinigten Münchner und Klagenfurter Männerrunde wohl Anlass zu heftigem Schenkelklopfen: „Denen zeigen wir´s! Sie gönnen uns den Deal nicht, die Herren in Wien, die ärgern sich, weil wir viel schlauer sind als sie!“ So werden sie gedacht haben in der Staatskanzlei am Franz-Josef-Strauß-Ring 1...

Sie haben davon geträumt, aus der ohnehin schon extrem internationalen Landesbank eine noch tollere Superbank zu machen. Für den Mittelstand und für die Kommunen ein paar langweilige Kredite auszureichen – das war den Herren einfach zu spießig. Sie haben große Räder drehen und Welt-Wirtschaftspolitik machen wollen: Unvergessen der extrem zinsgünstige Kredit der Landesbank an den Temelinbetreiber CEZ. Für die Atomkraft hatten sie immer ein offenes Herz und eine noch offenere Brieftasche. Auch später, als die Finnen den schönen ganz und gar neuen und todsicheren Reaktor im

Dörfchen Olkiluoto bauen wollten. Da musste seitens der Stoiber-Faltlhauser-Huber-Staatsbank wieder ein Milliardenkredit besonders günstig gegeben werden – dieses Mal an ein Konsortium rund um die ehrenwerte Firma Siemens. Selbstverständlich zu Sonderkonditionen. Das Geld kam von den vielen Kindern im Freistaat, die am Weltspartag einen Luftballon und – wenn sie besonders fleißig gespart hatten auch ein kleines Kuscheltier aus China bekamen, zusätzlich zu den üppigen Zinsen in Höhe von 0,25 %! Wenn der Papa bei Siemens arbeitete war das für den Sparschweinfütterer ein doppelt schlechtes Geschäft: Weil der Finnenreaktor nämlich ein Milliardengrab für Siemens ist muss der Konzern jetzt sparen und Leute rausschmeißen... vielleicht auch den Papa.

Aber zurück in die Staatskanzlei und in die Faltlhauserischen Gehirnwindungen: Wenn es jetzt gelänge, eine weitere Superbank zu kaufen und damit ein weiteres Stück Weltwirtschaft beeinflussen zu können – womöglich hätte auch der Balkan ein paar Atomkraftwerke brauchen können – wenn das gelänge, dann wäre Bayern da wo es schon war aber immer noch fester verankert werden musste: Ganz oben. Ganz wichtig. Ganz mächtig und ganz reich – am Ende gar so reich wie Kärnten! Das waren die Träume des Professors Faltlhauser und des Dr. Stoiber und der Huber Erwin aus Reisbach hat auch mitmachen dürfen. Aber es musste halt schnell gehen...

Dass der Kärntner und seine Spezln einen der ältesten Tricks angewandt haben, ein Trick vor dem die Kripo regelmäßig gutmütige Rentnerinnen warnt, haben unsere CSU-Häuptlinge nicht gemerkt. Ich meine nicht den Neffen-Trick (da kommt ein junger Mann und sagt, dass er der Groß-Neffe von der alten Dame sei und gerade ein ganz schreckliches Problem habe. Die Brieftasche haben sie ihm gestohlen und er muss doch heute noch die Anmeldegebühr fürs Staatsexamen und die Rechnung für die Doktorarbeit zahlen – sonst ist das ganze schöne Studium umsonst gewesen und ob die gute Großtante nicht so gut wäre und ganz schnell mit 5000 Euro aushelfen könnte...“)

Nein, nicht der Neffentrick - es war der andere Trick:

„Diese einmalige Chance um Ihre werten Ersparnisse in wenigen Wochen zu verdoppeln kann ich leider nur noch heute zusichern; jetzt kommt es drauf an gleich zu unterschreiben und sofort die Anzahlung in bar zu leisten..., nein morgen geht es nicht mehr und Fragen muss man auch keine mehr stellen, weil alles so wasserdicht ist und gar nichts passieren kann, außer, dass es eben zu lange dauert, denn viele andere hätten dieses Schnäppchen auch gerne gemacht und nicht jeder kommt dran und wenn sie jetzt nicht unterschreiben dann muss ich das Angebot einem anderen Kunden machen.“

Diesen Trick - wie gesagt es ist einer der ältesten in der Betrügerbranche – haben sie beim Ankauf der Hypo-Alpe-Adria angewandt und die bayerischen Weltmeister und Champion-Liga-Stars von Stoiber bis Schaidinger haben wohl noch nie die nützlichen Hefterln angeschaut, die in den Warteräumen der Amtsstuben rumliegen wo drauf steht „die Kriminalpolizei rät...“

Aber wir haben auch was bekommen für die 3,7 Milliarden:

- viele junge Leute in Kärnten haben uns in dankbarer Erinnerung, wenn sie an ihre alljährliche Weihnachtsgabe aus der Landeskasse denken und ihren Führerschein anschauen
- wir werden wohl von den Klagenfurter Fußballfreunden in Ehren gehalten, angesichts der nicht ganz geklärten Großspende für die Belebung ihres Riesenstadions
- ein paar ehemals unverzichtbare Spitzenleute aus dem Vorstand der Landesbank werden mit Wohlwollen auf ihre Abfindungen blicken und den bayerischen Steuerzahlern bis an ihr Lebensende dankbar sein.
- das gleiche gilt für jene Leute, die sich beim Deal rund um die Hypo-Alpe-Adria ein schönes Sümmchen ergattert haben.

Wir sollten die Dinge positiv sehen und uns immer an das schöne Sprichwort erinnern: Geben ist seliger denn nehmen! Wir bayerische Steuerzahler haben uns als große Geber erwiesen und sollten uns deshalb selig wie nie fühlen! Wie schlecht und unselig wird es gemäß diesem Sprichwort den Leuten rund um den Herrn Berlin, dem Herrn Naser, dem Herrn Schmidt und dem Herrn Kemmer gehen: Sie konnten in dieser Sache nichts geben, sie mussten nur nehmen, nicht nur ihren Hut, nein auch noch eine Abfindung!

- Wir kennen jetzt allmählich auch die wahren Strukturen der Stoiber—Faltlhauser-Huber-Ära und können nach dieser Lehre aufpassen, dass wir uns von derart arrogant-hochmütigen Leuten nicht mehr von oben herab regieren lassen. Das ist eine teure, aber wertvolle Lehre. Ich hoffe nur, dass sie im Volk angekommen ist und nicht nur bei denen, die es schon immer geahnt bzw. gewusst haben!

Ich wünsche eine besinnliche Fastenzeit!

Kommen Sie gut nach Hause!